

---

Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
Bundeshaus West  
CH-3003 Bern

Elektronisch an:  
[nicola.hofer@fedpol.admin.ch](mailto:nicola.hofer@fedpol.admin.ch)

Bern, 8. Oktober 2021

## **Verordnung über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (VPMT)**

### **Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage.  
Wir äussern uns dazu wie folgt:

#### **Die SVP hat das Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stets unterstützt und begrüsst auch die für die Umsetzung der Vorlage notwendigen Änderungen auf Verordnungsstufe.**

Die SVP hat das Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus stets unterstützt. Die einzuführenden präventiv-polizeilichen Massnahmen, welche auf der Änderung von 13 Bundesgesetzen beruhen, schliessen wichtige Lücken bei der Bekämpfung des Terrorismus. Um die angestrebten Massnahmen gegen islamistische Gefährder umsetzen zu können, sind die vorgeschlagenen Änderungen in den 16 betroffenen Verordnungen unumgebar. Erst mit den Verordnungsänderungen können terroristische Gefährder frühzeitig identifiziert beziehungsweise präventiv-polizeiliche Massnahmen vor einem terroristischen Akt effektiv angeordnet werden (z. Bsp. Hausarrest, Rayon- oder Ausreiseverbot).

Die in den betroffenen Verordnungen angestrebten Änderungen regeln quasi ausschliesslich die Modalitäten der Bearbeitung der relevanten Informationen über die Gefährder und die Weitergabe dieser Daten an die verschiedenen inländischen und ausländischen Dienste.

Aufgrund der oben erwähnten Gründe unterstützt die SVP die Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

## **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Marco Chiesa  
Ständerat

Peter Keller